

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 83 (1989)  
**Heft:** 1

**Rubrik:** Zeichen der Zeit : Russlands "zweite Revolution"

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 02.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

zeigt, wenn eine Gruppierung bis zu zehn Prozent der Parlamentssitze besetzt, deren Parteiblatt in einer Ausgabe gleich mehrere Hetzartikel wie diese enthält. Fast alle grossen Automarken sind im Tacho mit ganzseitigen Anzeigen vertreten. Karl Schweri inseriert in diesem Umfeld gegen das Tabak-Diktat. Otto

Fischer taucht als Gastkolumnist mit Bild auf.

Haben wir nicht alle sträflich unterschätzt, was da in den letzten Jahren in Fahrt gekommen ist? Hans Steiger

Probenummern beim Tacho-Verlag, Postfach, 8700 Küsnacht.

---

Willy Spieler

## Zeichen der Zeit Russlands «zweite Revolution»

Als ich vor einem Jahr das INF-Abkommen analysierte (vgl. NW 1988, S. 38ff.), stand für mich weniger die Beseitigung von 2600 nuklearen Mittelstreckenraketen als vielmehr die Abschlusserklärung des Gipfeltreffens vom 8. Dezember 1987 im Vordergrund. Darin taten die beiden Mächte nicht nur ihren Willen kund, in einem weiteren Abkommen alle strategischen Waffen zu halbieren und schliesslich die nuklearen und chemischen Waffen überhaupt abzuschaffen, in dieser Erklärung anerkannte endlich auch US-Präsident Reagan die Sowjetunion als die verantwortungsbewusste Weltmacht, die sie ohne Zweifel ist, unter Michail Gorbatschow mehr denn je in der Nachkriegsgeschichte. Die Eigendynamik wechselseitiger «Entfeindung» konnte beginnen.

Was geschieht nämlich, wenn «die Russen» auch nicht mehr sind, was sie eben noch – scheinbar – waren, wenn die Sowjetunion mit andern Worten als Feindbild nichts mehr hergibt? In unseren «Gesamtverteidigungsübungen» müssen die Kriegsszenarien bereits vom fiktiven Sturz Gorbatschows ausgehen, um überhaupt noch mit einer «Gefahr aus dem Osten» operieren zu können.

Die Bedrohungslüge hat offenbar ausgedient. Übungsleitungen haben Angst, dass die «Beübten» keine mehr haben. Überflüssig würden ja nicht mehr nur diese widerwärtigen «Kriegsspiele», sondern die Rüstungsmilliarden überhaupt.

Was Gorbatschow «die zweite russische Revolution»<sup>1</sup> nennt, könnte noch eine weitere Dialektik einleiten: Die Perestroika wird, wenn sie gelingt, nicht eindimensional nur auf die Sowjetunion beschränkt bleiben, sondern einen analogen Prozess der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auch in der kapitalistischen Welt auslösen. Der bürgerlichen Ideologie droht ihre wohl grösste Identitätskrise, wenn sie ohne die ideologische Waffe des Antikommunismus auskommen muss.

### **Abrüstung für die «Perestroika», «Perestroika» für die Abrüstung**

In seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung am 7. Dezember 1988 hat Gorbatschow *einseitige Abrüstungsschritte* angekündigt, die in der Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel sind. Ohne irgendeine Bedingung zu stellen, ohne eine Gegenleistung von der andern Seite

zu erwarten und ohne vertragliche Sicherheiten zu verlangen, gibt Gorbatschow der Weltöffentlichkeit bekannt, dass die Sowjetunion den Personalbestand ihrer Armee in den nächsten zwei Jahren um 500'000 Mann verringern, sechs der 15 Panzerdivisionen in der DDR, der Tschechoslowakei und in Ungarn auflösen und die in diesen Ländern stationierten Streitkräfte um 50'000 Mann und 5000 Panzer reduzieren werde. In Osteuropa und im europäischen Teil der Sowjetunion sollen insgesamt 10'000 Panzer, 8'500 Artilleriesysteme und 800 Kampfflugzeuge verschrottet werden. Wörtlich sagt Gorbatschow in dieser historischen Rede: «Alle auf dem Territorium unserer Verbündeten noch verbleibenden sowjetischen Divisionen . . . werden eine andere Struktur als heute haben, die nach dem umfassenden Panzerabzug eindeutig *defensiv* sein wird».<sup>2</sup> Das ist eine völlig neue Verteidigungsdoktrin: «die Wende vom Prinzip der Überrüstung zum *Prinzip der vernünftigen Hinlänglichkeit* für die Verteidigung», wie Gorbatschow feierlich und selbstkritisch zugleich vor der UNO ausführt. Das ist zweifellos dasselbe Prinzip, das in der westdeutschen Sozialdemokratie als «strukturelle Nichtangriffsfähigkeit» bezeichnet wird. Sollte es verwirklicht werden, wäre dies eigentlich nur ein Akt der Vernunft, angesichts der strukturellen Unvernunft der weltweiten Rüstungsspirale aber dennoch ein unermesslicher Fortschritt in der Geschichte der Menschheit.

Nicht weniger wichtig als diese neue Verteidigungsdoktrin ist die *Dialektik der «Entfeindung»*, die von «Perestroika» ausgeht. Gorbatschow ist «davon überzeugt, dass von den Früchten der Umgestaltung auch die internationalen Beziehungen profitieren werden», ja dass durch «Perestroika» auch «die Unversehrtheit der Welt garantiert werden wird».<sup>3</sup> Die demokratische Umgestaltung der Sowjetunion überwindet das Feindbild, das in der westlichen Welt

über den östlichen Sozialismus – nicht ohne dessen Dazutun – entstehen konnte. Im Sommer des Vorjahres hat der sowjetische USA-Experte Georgji Arbatow die Nato mit feiner Ironie bedacht: «Wir werden euch etwas Schreckliches antun. Wir werden euch des Feindes berauben.» Was aber mit der Nato geschieht, wenn sie ihren Feind nicht mehr hat, bringt Paul Warnke, der frühere Abrüstungschef der USA auf die Formel: «Das Organisationsprinzip der Nato ist die sowjetische Bedrohung. Wenn die verringert wird, stellt sich die Frage, welches Ziel die Nato verfolgt.»<sup>4</sup> Im Klartext: Sie hat dann keines mehr. Und die Sowjetunion kann sich ganz auf die Entwicklung der Wirtschaft und der sozialen Wohlfahrt konzentrieren. In seiner UNO-Rede kündigt Gorbatschow zudem an, die Sowjetunion werde ihre Erfahrungen mit der Rüstungskonversion, das heisst mit dem Übergang von der militärischen zur zivilen Produktion, veröffentlichen, um auch anderen Staaten zu beweisen, dass diese «Umstellung der Rüstungsproduktion real machbar» sei.

Perestroika entfaltet so ihre Eigen-dynamik. Auf dem Weg der Vertrauensbildung in der übrigen Welt macht sie die Mittel frei, die sie benötigt, um ihr Ziel zu erreichen. Früher galt die umgekehrte Dialektik: Der Kapitalismus, der durch Faschismus und Zweiten Weltkrieg in die offene Aggression gegen die Sowjetunion übergegangen war, aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg in ihr das Roll-back-Trauma hinterliess und durch psychologische Kriegführung bis hin zur Reagan-Rhetorik immer neue Ängste schürte, machte aus dem real existierenden Sozialismus eine Art Notstandsgesellschaft, die fast nur noch bürokratisch, repressiv und militärisch reagieren konnte. Dass die Umkehrung dieser Dialektik nun ausgerechnet von der sowjetischen Führung ausgeht, ist das *grösste Zeichen der Zeit* zu Beginn des neuen Jahres. Es bestätigt den brasilianischen Befreiungstheologen Frei Betto, der vor bald zwei

Jahren bei seinem Pressegespräch in Zürich meinte, «dass Gottes Wirken im Ostblock und in Kuba mächtiger sei als in den ‚sogenannten‘ christlichen Gesellschaften» (NW 1986, S. 155). Bestätigt wird dadurch auch Leonhard Ragaz, der gegen Ende des Zweiten Weltkriegs über die Sowjetunion urteilte: «Die weltumwälzende Kraft des russischen Kommunismus kommt zuletzt doch von Christus her . . . Christus erhebt darin incognito sein Haupt.»<sup>5</sup> Da wäre noch hinzuzufügen, dass der heutige Generalsekretär der KPdSU zu den Appellen, die ihn bewegen, «sogar Gebete»<sup>6</sup> zählt.

### **Veränderung nach innen und nach aussen**

«Perestroika» im Innern der sowjetischen Gesellschaft heisst vor allem «Demokratie». Sie gilt nicht nur für den Staat, wo das Rätssystem neu aufleben und durch echte Wahlen unter mehreren Kandidatinnen und Kandidaten basisnahe funktionieren soll. Wichtiger noch ist die Demokratie *in der Wirtschaft* als dem entscheidenden, letztlich eben auch die «Politik» bestimmenden Bereich der Gesellschaft. Bereits in seiner berühmten Rede vor dem ZK der KPdSU am 27. Januar 1987 hat Gorbatschow die «sozialistische Selbstverwaltung» als Ziel der «Perestroika» proklamiert. Dazu gehört, wie Gorbatschow in seinem gleichnamigen Buch schreibt, dass die Arbeiter an der «Wirtschaftsführung» teilhaben und die Leiter der Arbeitskollektive selber wählen<sup>7</sup>. Gelingt dieses Kernstück der Umgestaltung, dann entspricht das sowjetische Gesellschaftssystem dem sozialistischen Vorrang der Arbeit vor dem Kapital, dann hat die Sowjetunion zumindest nach diesem Kriterium den friedlichen Wettbewerb der Systeme gewonnen. Gorbatschow selber schreibt: «Wir werden an den demokratischen Charakter der westlichen Gesellschaftsformen glauben, wenn Arbeiter und Angestellte im Westen die Besitzer von Fabriken und Betrieben und die Präsiden-

ten der Banken selber wählen . . .» Und: «Der Erfolg der Perestroika wird die engstirnigen Klasseninteressen und den Egoismus der Kräfte aufdecken, die heute im Westen herrschen, Kräfte, die sich am Militarismus und am Wettrüsten festgehakt haben und auf dem ganzen Globus nach ‚Feinden‘ suchen . . . Der Erfolg der Perestroika wird das letzte Argument im historischen Streit sein, welches System den Interessen der Menschen besser diene.»<sup>8</sup>

Zur Perestroika nach innen gehören auch *liberale Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit*. Dass hier die grössten Defizite des real existierenden Sozialismus gegenüber den bürgerlichen Demokratien bestehen, ist wohl nicht zu bestreiten. Um so wichtiger ist die Wertschätzung, die Gorbatschows UNO-Rede der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte entgegenbringt; zumal die UdSSR sich beim Beschluss dieser Deklaration durch die Generalversammlung am 10. Dezember 1948 noch der Stimme enthalten hatte, zusammen mit den übrigen Oststaaten sowie mit Südafrika und Saudiarabien. Gorbatschow geht sogar noch einen Schritt weiter. In seiner UNO-Rede vertritt er nämlich die «Ansicht, dass die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag bezüglich der Auslegung und Anwendung der Vereinbarungen im Bereich der Menschenrechte *für alle Staaten verbindlich* sein muss».

Eine zusätzliche Stossrichtung enthält Perestroika nach aussen: Über die Dialektik der «Entfeindung» hinaus will Gorbatschow den «*allgemeinmenschlichen Interessen*» den «Vorrang vor den Klasseninteressen»<sup>9</sup> einräumen. «Zum ersten Mal in der Geschichte», schreibt er, «sind die Begründung der internationalen Politik auf allgemeinmenschlichen moralischen und ethischen Normen sowie die Humanisierung zwischenstaatlicher Beziehungen zu einer lebenswichtigen Bedingung geworden.»<sup>10</sup> Das Prinzip ist innerhalb des Marxismus gewiss nicht neu, befreit doch die Arbeiterklasse, in-

dem sie sich selber emanzipiert, letztlich alle Menschen von der Alternative, entweder ausgebeutet zu werden oder selber auszubeuten. Neu ist für Gorbatschow «die Drohung universaler Vernichtung», die das «allgemeinmenschliche Interesse» am Fortbestand der Menschheit selbst begründet. Darum gelte es, «den Mechanismus der Selbsterhaltung der Menschheit in Gang zu setzen» und insbesondere die UNO zu stärken, da «diese Organisation das am besten geeignete Forum» sei, «um nach dem Interessenausgleich zu suchen, der für die Stabilität der Welt so wesentlich ist»<sup>11</sup>. Von einer «neuen» oder «friedensfördernden Rolle» der Weltorganisation spricht Gorbatschow auch in seiner UNO-Rede, ohne diese Rolle jedoch genauer zu definieren.

In einer Völkergemeinschaft, in der die Staaten noch immer auf ihre Souveränität pochen, könnte die Sowjetunion bedeutende Zeichen setzen, wenn sie den von ihr proklamierten Vorrang der Menschheitsinteressen auch in die Praxis umsetzen, und das heisst insbesondere: den *Vorrang des Völkerrechts* vor der einzelstaatlichen Souveränität, einschliesslich der eigenen, anerkennen würde. In einer Zeit, wo die andere Supermacht das Völkerrecht und dessen Organe, die UNO und insbesondere den Internationalen Gerichtshof, nur solange respektiert, als dadurch die eigenen Interessen nicht berührt werden, könnte die Sowjetunion sich auch als Wahrerin des Rechts im ideologischen Wettbewerb der Systeme bewähren. Aufhorchen lassen Sätze in Gorbatschows UNO-Rede wie: «Unser Ideal ist eine Weltgemeinschaft von *Rechtsstaaten*, die auch ihrer Aussenpolitik Rechtsprinzipien zugrunde legen.»

### **Widersprüche und Gefahren**

An Gorbatschow und seiner «Perestroika» haftet noch viel Widersprüchliches, Ambivalentes. Das ist an sich noch keine Kritik, da anders als mit viel Dialektik der Komplexität der sowjetischen Ge-

sellschaft nicht beizukommen, ihre Umgestaltung nicht zu erreichen ist. Aber es bedeutet auch Gefahr.

Widerspruch erwächst Gorbatschow offenbar von seiten der eigenen *Militärs*. Noch vor der UNO-Rede quittierte Generalstabschef Sergej Achromejew seinen Dienst, kaum «aus gesundheitlichen Gründen», wie die amtliche Mitteilung lautete. Es dürfte auch in der Sowjetunion nicht einfach sein, Generäle zur Abrüstung zu bewegen, und dies erst noch einseitig, ohne erkennbare Gegenleistung. Ihnen gegenüber setzt Gorbatschow auf die Dialektik der «Entfeindung». Diese vollzieht sich aber nicht von selbst. Die Nato müsste jetzt unverzüglich über die Abrüstung der atomaren Kurzstreckenwaffen verhandeln, statt deren Modernisierung zu planen. Wer Perestroika fördern will, rüstet nicht auf, sondern ab. Das wäre *das* Thema für die Friedensbewegung, die endlich wieder erwachen und sich selbst in die Dialektik der «Entfeindung» einbringen sollte.

Der nächste Widerspruch kommt von seiten der 18 Millionen Angestellten in der *Zentralverwaltungswirtschaft*. Gegen ihre Interessen wird sich Perestroika nur durchsetzen, wenn sie das fundamentalere Interesse an der Versorgung der Gesellschaft mit qualitativ hochstehenden Gütern und Dienstleistungen befriedigt. Darum sollen die «wirtschaftliche Kostenrechnung» eingeführt, das Kollektiv nach seinen Arbeitsergebnissen belohnt werden und diese Koppelung der Löhne an den Gewinn selbst wieder als Motor der Selbstverwaltung wirken. Denn: «Ein Arbeitskollektiv entwickelt natürlich in der Masse den Wunsch, über seine Unternehmungen und Arbeitsprozesse selbst bestimmen zu dürfen, wie die Einkommen und das Leben des Kollektivs von den Arbeitsergebnissen abhängen.»<sup>12</sup> Noch ist es nicht gelungen, die kollektive Form der Wirtschaft mit den individuellen Interessen zu verknüpfen. Ja, es besteht der Eindruck, dass die Bevölkerung heute mit Lebensmitteln

schlechter versorgt ist als in der Breschnew-Ära. Dass diese Verschlechterung hingenommen wird, um den Prozess der Perestroika nicht zu stören oder gar zu zerstören, ist zwar auch ein Zeichen der Hoffnung. Wie lange aber wird es anhalten?

Perestroika birgt sodann das Risiko in sich, dass von der Demokratisierung und Liberalisierung auch *antisozialistische Kräfte* profitieren. Gorbatschow hat vor der UNO das Wort ausgesprochen: «Wir sind weit davon entfernt, zu beanspruchen, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein.» Das war nach aussen gemeint. Was aber, wenn eine antisozialistische Opposition darauf sich berufen würde? Dann müsste ihr gesagt werden, dass es gerade der Marxismus ist, der auf absolute Wahrheit verzichtet, dass es der Sozialismus ist, der Toleranz gegenüber den verschiedenen Religionen und Weltanschauungen übt, und dass der Sozialismus, wenn er sich gegen Widerstrebende durchsetzen muss, es nicht für eine «absolute Wahrheit», sondern nur für Frieden und Gerechtigkeit tun darf und tut. Auch und gerade der Sozialismus, der sich durch Perestroika in authentischer Form ankündigt, kann nicht zulassen, dass er zerstört wird. Bis jetzt ist diese Gefahr gering. Liberalisierung geht in der Sowjetunion keineswegs mit Destabilisierung einher. Das gilt selbst für die *Nationalitätenkrise*. Perestroika hat sie nicht verursacht, sondern sichtbar gemacht. Darum kann diese Krise auch nicht mit neuer Repression, sondern nur durch vermehrte Dezentralisierung und Demokratisierung, also nur wieder durch Perestroika, gelöst werden. Auch für die Völker der übrigen Oststaaten ist «Perestroika» der neue Name für Hoffnung. Es kommt hier zwar zu Konflikten mit den nach altem Muster Herrschenden, aber bis heute zu keinen ernstzunehmenden Bewegungen für einen Systemwechsel. Das sozialistische Bewusstsein ist so tief in den Menschen verankert, dass sie wohl einen besseren Sozialismus, jedoch

keineswegs eine Rückkehr zum Kapitalismus wollen. Dennoch, die theoretische Lösung all dieser möglichen Widersprüche ist einfacher als die praktische Grenzziehung gegenüber jeder derartigen Herausforderung, zumal Perestroika ja noch nicht vollendet, die Synthese von Sozialismus, Demokratie und Menschenrechten noch auf dem Wege ist.

Der letzte Widerspruch personifiziert sich in *Gorbatschow selbst*, vor allem seit seiner Wahl zum sowjetischen Staatsoberhaupt am 1. Oktober 1988: er, der für die Trennung von Partei- und Staatsämtern eintritt, vereinigt in Personalunion die beiden höchsten Ämter von Partei und Staat auf sich; er, der für Demokratisierung eintritt, überschreitet die Schwelle zur Diktatur; er, der Glasnost zum Programm erhoben hat, ergreift handstreichartig die Macht. Das alles ist nicht einfach verwerflich, sofern die widerstrebenden Kräfte des Militärs und des Apparates anders nicht zu überwinden sind. Aber es ist nicht Dezentralisierung, nicht Demokratie und nicht Glasnost. Darum müsste Gorbatschow alles unternehmen, dass die Entwicklung, die er eingeleitet hat, immer weniger von seiner Person abhängen wird. Eine Revolution, die von oben kommt, kann von oben auch wieder in ihr Gegenteil verkehrt werden.

1 Im Untertitel von: Perestroika, München 1987.

2 Ich zitiere nach der gekürzten Fassung, die von der NZZ am 9. Dezember 1988 veröffentlicht wurde.

3 Perestroika, S. 343f.

4 Beide Zitate aus «Der Spiegel», 12. Dezember 1988, der in dieser Ausgabe Gorbatschow zum «Mann des Jahres» erklärt hat.

5 Die Geschichte der Sache Christi, Bern 1945, S. 57.

6 Perestroika, S. 201.

7 Vgl. a.a.O., S. 130.

8 A.a.O., S. 161, 166.

9 A.a.O., S. 185.

10 A.a.O., S. 197.

11 A.a.O., S. 187, 191, 178.

12 A.a.O., S. 130.